Stand: 20.04.2024 12:18:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7113

"Verwaltungsanweisungen zum Einzelhandel lösen nicht das Problem der Versorgung ländlicher Regionen mit Gütern des täglichen Bedarfs"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/7113 vom 01.02.2011
2. Beschluss des Plenums 16/7180 vom 02.02.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 02.02.2011

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**7113**
01.02.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Verwaltungsanweisungen zum Einzelhandel lösen nicht das Problem der Versorgung ländlicher Regionen mit Gütern des täglichen Bedarfs

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms ein integriertes Einzelhandelsentwicklungskonzept vorzulegen:

Mit diesem Konzept soll die Nahversorgung in ländlichen Regionen sichergestellt werden. Ebenso soll einer Verstärkung der Konzentrationsprozesse im Einzelhandel entgegengewirkt werden. Wettlauf und Wettbewerb der Kommunen um Einzelhandelsstandorte müssen unterbleiben. Der innerörtliche örtliche Einzelhandel darf durch kapazitive Entwicklungen nicht gefährdet werden. Eilfertige Verwaltungsanweisungen zur Erhöhung der Verkaufsflächen auf 1.200 qm lösen das Problem nicht.

Außerdem konterkarieren sie in eklatanter Weise die laufenden Verbandsanhörungen zur Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms und mit dieser Vorfestlegung werden die anstehenden parlamentarischen Beratungen deutlich eingeschränkt. Deshalb muss diese Verwaltungsanweisung wieder zurückgenommen werden.

Begründung:

Angesichts der fortschreitenden Abwanderung aus den ländlichen Regionen und dem demographischen Wandel sind integrierte Entwicklungskonzepte – hierzu gehört in besonderer Weise auch der Einzelhandel – lebensnotwendig für den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns. Die Kommunen dürfen durch solche deregulierenden, staatlichen Verwaltungsakte nicht in einen Verdrängungswettbewerb getrieben werden, bei dem die Bevölkerung nur verlieren kann. Das nachhaltige räumliche Prinzip muss dagegen lauten: „Gemeinsam statt einsam“. Die massive Vergrößerung der erlaubten Verkaufsfläche für Supermärkte hat negative Auswirkungen auf Dörfer und Ortschaften im ländlichen Raum. Es kommt zu einem weiteren Konzentrationsprozess im Einzelhandel und einer Kannibalisierung der Branche und nicht zu einer ausgewogenen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**7180**
02.02.2011

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**7113**

Verwaltungsanweisungen zum Einzelhandel lösen nicht das Problem der Versorgung ländlicher Regionen mit Gütern des täglichen Bedarfs

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Dr. Martin Runge
Abg. Dr. Andreas Fischer
Abg. Annette Karl
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Erwin Huber
Abg. Dr. Franz Xaver Kirschner
Staatssekretärin Katja Hessel

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es geht weiter in der Tagesordnung. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Aufweichung der Vorgaben für die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten im Schnellschuss - Rücknahme des Kabinettsbeschlusses vom 21. Dezember 2010 (Drs. 16/7108)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
Verwaltungsanweisungen zum Einzelhandel lösen nicht das Problem der Versorgung ländlicher Regionen mit Gütern des täglichen Bedarfs (Drs. 16/7113)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FW)
Einzelhandelsziel - Beteiligung des Landtags, umgehende Teilfortschreibung LEP (Drs. 16/7131)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne,gebe ich bekannt, dass hierzu ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt. Dieser ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unser Dringlichkeitsantrag richtet sich gegen den unsäglichen Beschluss des bayerischen Kabinetts vom 21. Dezember 2010, die Genehmigungspraxis bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten im ländlichen Raum zu lockern, das heißt künftig Gemeinden im ländlichen Raum die Ansiedlung von Märkten bis zu einer Verkaufsfläche von

1.200 m^2 zu erlauben, und zwar ohne Zielabweichungsverfahren. Damit richtet die Staatsregierung in unseren Augen riesengroßen Schaden an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei einer derartigen Genehmigungspraxis droht ein weiteres Ausbluten von Ortszentren. So werden beispielsweise kleine Einzelhandelsbetriebe oder kleine Handwerksbetriebe in ihrer Existenz gefährdet. Arbeits- und Ausbildungsplätze gehen verloren. Bei 1.200 m^2brauche ich ungefähr 1.900 m^2 Bruttogeschossfläche, ich brauche einen riesigen Parkplatz. Das können Sie in der Regel nicht im Ortszentrum realisieren, das heißt Sie müssen in Ortsrandlagen gehen. Das gibt auch das Kriterium "städtebaulich integrierte Lage" durchaus noch her. Weitere Folgen sind also: Flächenfraß, Bodenversiegelung, scheußliche Blöcke und Baracken sowie Parkplatzwüsten, die unsere Landschaft verschandeln. Bedauerlicherweise nimmt auch der Zwang zur Automobilität zu, was für nicht automobile Menschen schlecht ist, vor allem für unsere Seniorinnen und Senioren.

Wir gehen davon aus, dass unsere Gemeinden im ländlichen Raum durchaus verantwortungsvoll mit den ihnen gegebenen Möglichkeiten umgehen. Aber selbst wenn sie die von mir skizzierten negativen Folgen zu vermeiden versuchen, dann ist immer ein deutlicher Kaufkraftabfluss aus den Nachbargemeinden zu verzeichnen. Ein Ergebnis dürfte ein Wettlauf um die attraktivsten Einzelhandelsgroßbetriebe sein. Wir wissen alle, dass die Abstimmung zwischen den Gemeinden und dass eine interkommunale Kooperation Not leidet.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion: Wenn Sie jetzt das hohe Lied der kommunalen Selbstverwaltung singen, dann ist das nichts anderes als das Werfen von Nebelkerzen, dann ist das nichts anderes als ein scheinheiliges Ablenkungsmanöver, hinter welchem die Verweigerung einer offenen und ehrlichen Debatte zur Reform des Landesplanungsrechtes und des Landesentwicklungsprogramms steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kennen genauso gut wie wir die Entscheidungslogik und die Diskussions- und Entscheidungsmechanismen in kommunalen Gremien. Spätestens dann, wenn das Argument, der Lebensmittelgroßmarkt - ich muss jetzt keine Kette nennen - siedle sich in der Nachbargemeinde an, oder das Argument, die anderen machten es auch, genannt wird, dann stimmt die Mehrheit im Rat jeweils zu. Das sollten wir verhindern.

Es gibt noch andere Kritikpunkte. Die Auswirkung werden Sie sehr schnell zu spüren bekommen. Das betrifft zum Beispiel die Abgrenzung des Vollsortimenters. Eine solche Abgrenzung wird Ihnen schlicht und ergreifend nicht möglich sein, denn es gibt beispielsweise schon seit einigen Jahren auch den Betriebstypus des Markendiscounters.

Ich zitiere den "Münchner Merkur" vom 14. Januar 2011. Die Überschrift heißt: Reaktion auf Vorstoß der GRÜNEN - Kritik an größeren Supermärkten nur nostalgischer Traum von Idylle. Dann wird Kollege Bocklet dort zitiert. Dort heißt es:

> Bocklet hält auch an der Forderung fest, die beschlossene Erleichterung in der Genehmigung auch für Discounter und Gemeinden im Umkreis von Großstädten gelten zu lassen.

Er sagt: Eigentlich müssen wir es auch aufbohren für Discounter, und es darf nicht nur im ländlichen Raum sein, sondern es muss auch im Umkreis von Großstädten möglich sein. Das bedeutet nichts anderes als: für alles und überall. Das gilt es zu verhindern. Wir haben beispielsweise die Befürchtung, dass die Neuregelung dann auch zu einer nicht sachgerechten Ungleichbehandlung von Gemeinden, die sich bereits im ländlichen Raum befinden, und Nachbargemeinden, die noch zur äußeren Verdichtungszone gerechnet werden, führen würde.

Es kommt ein weiterer Punkt dazu, der laut gegeißelt werden muss, nämlich der hundsmiserable Umgang. Es gibt ein Arbeitsgremium, das mehrfach getagt hat und in

dem kommunale Verbände, Umweltverbände und Wirtschaftsverbände vertreten sind. Man hat gesagt, man sei bei einzelnen Punkten noch nicht weitergekommen, und auf einmal werden wir von solch einer Entscheidung überrascht. Es gab beispielsweise einen Antrag der Freien Wähler zu dieser Thematik. Da hieß es, man müsse eine Entscheidung nicht über das Knie brechen und gut Ding will Weile haben. Ein Kollege der CSU hat sogar gesagt, in der Ruhe liege die Kraft.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Wir haben leider bei den Dringlichkeitsanträgen nur ganz wenig Zeit. Deswegen freue ich mich, wenn mir der Kollege nachher weitere zwei Minuten durch eine Kurzintervention zugesteht.

Damals kamen tatsächlich ganz andere Signale, und dann wird etwas über das Knie gebrochen, und es werden damit auch die Verbände verprellt. Anders kann man es gar nicht bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie es uns nicht glauben wollen, dann glauben Sie es doch den Verbänden und Organisationen. Ich lese nur einige Stellungnahmen im O-Ton vor, zum Beispiel Gewerbeverband Bayern, Bund der Selbstständigen; diese vertreten immerhin 20.000 Selbstständige und Kleinunternehmer mit ungefähr 300.000 Arbeitsplätzen. Ich zitiere den Hauptgeschäftsführer und den Präsidenten:

> Dieser Schnellschuss im Ministerrat ist uns gänzlich unverständlich und eine Verhöhnung der eingebundenen externen Fachleute. Durch den Ministerratsbeschluss wird der Druck auf die Innenstadtlagen, die Immobilienbesitzer und den Mittelstand erhöht. Das hat mit Mittelstandsförderung nichts zu tun und ist ein klarer Verstoß gegen Artikel 153 der Bayerischen Verfassung.

Das nächste Zitat - Herr Kollege Huber, es ist schön, dass Sie sich aufregen - stammt von dem früheren Kollegen Traublinger. Er hat für den Bayerischen Handwerkskammertag laut einer Presseerklärung vom 22. Dezember 2010 gesagt:

> Mit Empörung reagiert das bayerische Handwerk auf den gestrigen Ministerratsbeschluss. Das Anhörungsverfahren, das zur Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms noch durchgeführt werden soll, verkommt damit zur Farce, da ein wesentlicher Eckpunkt vorweg entschieden wurde. Unter der Umsatzverlagerung in die Einkaufsmärkte an der Peripherie würde insbesondere die Versorgung für nichtmobile Bevölkerungsgruppen massiv leiden. Auch würde die stabilisierende Form des verkaufenden Handwerks im ländlichen Raum, sowohl was Arbeits- als auch Ausbildungsplätze betrifft, infrage gestellt.

Dies war eine Stellungnahme des Handwerkskammertages, werden Sie sagen. Aber die Bürgermeister freuen sich, auch die kommunalen Spitzenverbände, vor allem der Gemeindetag.

Abschließend ein Zitat aus der Kommunalfamilie. Es handelt sich um die Vorlage des Verbandsvorsitzenden des regionalen Planungsverbandes der Region 14 vom Dezember 2008. Darüber diskutieren wir ja schon länger. Ich bringe jetzt das Zitat:

> Die Erlaubnis für im ländlichen Raum gelegene nichtzentrale Orte im Lebensmittelbereich, Märkte bis zur "betriebsnotwendigen Grenze" zuzulassen, wenn sie über keine Lebensmittelversorgung verfügen, führt auf der einen Seite zu überdimensionierten Ansiedlungen, auf der anderen Seite zu nichtsachgerechter Ungleichbehandlung mit dem Nachbarort, der nur in der äußeren Verdichtungszone liegt.

Das ist eine Stimme aus der Kommunalfamilie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie diese Stimmen ernst. Wir fordern Sie auf: Nehmen Sie den Beschluss des Kabinetts vom 21. Dezember bitte zurück. Neh-

men Sie die Anweisungen an die Bezirksregierungen als höhere Landesplanungsbehörden zurück, und versuchen Sie, mit uns gemeinsam das Thema zu diskutieren. Die Freien Wähler haben einen entsprechenden Antrag auf Sonderfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms gestellt. Wir wissen zwar, dass die Freien Wähler in der Sache eine etwas andere Meinung vertreten als wir, aber es kann nichts dagegen sprechen, wenn wir uns mit der Thematik differenziert befassen wollen. Man kann nicht ewig zuwarten, bis wir zu einer Sonderfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms kommen.

Deswegen stimmen wir dem Antrag der Freien Wähler zu. Ebenso werden wir das bei dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD tun.

Jetzt freue ich mich auf die weiteren zwei Minuten mit Herrn Kollegen Fischer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Runge, das Wort dazu wird aber von hier oben erteilt. - Herr Dr. Fischer, bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Runge, ich habe drei Fragen. Vielleicht schaffen Sie es, sie in zwei Minuten zu beantworten.

Zur ersten Frage. Wir haben uns heute ausführlich über gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum unterhalten. Mir kommt es so vor, als ob es die typische grüne Politik ist, dass, wenn verbal etwas für den ländlichen Raum getan werden soll, Ja gesagt wird, aber Nein gesagt wird, wenn es konkret werden soll.

Dazu habe ich die Frage: Sind solche größeren Zentren, wie Sie sie eben in drastischen Farben geschildert haben, im Großstadtbereich attraktiver als im ländlichen Raum? Meinen Sie, dass man von gleichwertigen Lebensbedingungen sprechen kann, wenn im ländlichen Raum die nötigen Möglichkeiten nicht bestehen, während sie in den Metropolregionen bestehen?

Zweite Frage: Können Sie sich vorstellen, dass es mittelständische Betriebe im ländlichen Raum gibt - ich denke hier nicht an irgendwelche große Ketten, sondern an normale mittelständische Betriebe -, die Interesse haben, in diesem Raum ihre Produkte zu verkaufen? Wir haben doch Betriebe, die darauf angewiesen sind, dass es im ländlichen Raum größere Verkaufsflächen gibt.

Dritte Frage: Glauben Sie wirklich, dass Sie durch Verbotspolitik die Abstimmung mit den Füßen verhindern können? Die Menschen gehen, wenn sie im ländlichen Raum bestimmte Verkaufsangebote vermissen, den Weg in die Städte.

Ich bin auf Ihre Antworten gespannt.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Fischer, Ihre Fragen zeigen ganz klar: Sie kennen weder das bisherige Landesentwicklungsprogramm noch den Beschluss des Kabinetts noch die Briefe, die dann an die Bezirksregierungen gegangen sind.

Es geht überhaupt nicht um Einkaufszentren. Jeder Ort im ländlichen Raum darf maximal einen Vollsortimenter zulassen, ohne dass es ein Zielabweichungsverfahren gibt. Der Vollsortimenter wird jetzt als ein Betrieb definiert, dessen Verkaufsfläche bis zu 1.200 m^2 umfasst.

Bisher, Herr Kollege Fischer, haben wir im LEP das Ziel 1.2.1.2. In diesem Ziel gibt es eine Ausnahmeregelung. Wenn es nämlich keine Versorgung gibt, dürfen sehr wohl auch schon jetzt Betriebe ohne Zielabweichungsverfahren zugelassen werden. Was Sie als Notwendigkeit skizziert haben, ist also tatsächlich nicht redlich.

Es geht nicht um Einkaufszentren, auch nicht um 10.000 - m^2 - Läden, sondern um das Aufbohren der bisherigen zulässigen 800 m^2 auf jetzt 1.200 m^2 Verkaufsfläche.

Sie haben gesagt, in manchen Orten äußerten die Bürger ihren Willen. Ich bin immer für Bürgerbefragung und Bürgerentscheide. Nur sollte es dabei redlich zugehen. Ihr

Kollege Herr Zeil hat neulich als Beispiel auf die Gemeinde Türkenfeld verwiesen. Ich muss ganz klar sagen: Dort sind die Bürger angelogen worden. Es gab ein CMA-Gutachten und ein anderes Gutachten. In diesen sind bestimmte Kaufkraftab- und -zuflüsse falsch berechnet worden. Es wurde gesagt, dass zum Beispiel Bürger aus Landsberied oder Aich nach Türkenfeld zum Einkaufen fahren, statt nur drei Kilometer weit in die Kreisstadt Fürstenfeldbruck. Es ist also mit völlig falschen Zahlen gearbeitet worden. So etwas sollte man unterlassen.

Herr Kollege Fischer, die Ausnahme für den ländlichen Raum gibt es schon bisher. Sie ist aufgebohrt worden, indem um 400 m^2 Verkaufsfläche aufgestockt wurde. Aber Sie vernichten damit die gleichwertigen Bedingungen. Damit werden nämlich zahlreiche kleine Geschäfte kaputt gemacht. So sorgt man für die Verödung der Innenbereiche. Sie machen Handwerksbetriebe kaputt.

Ich zeige Ihnen einmal Anzeigen aus Tegernsee. Ich nenne Ihnen die Geschäfte, die vor der Schließung stehen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Runge, schon zwei Minuten sind herum.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, ich habe sehnsüchtig geguckt, ob mir jemand noch weitere zwei Minuten geben will.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ihre Fraktion hat noch Redezeit von zwei Minuten und 20 Sekunden.

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns eben schon über die Auswirkungen sinkender Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum unterhalten. Natürlich ist die Sicherstellung der Nahversorgung einer der Punkte, über die wir uns Gedanken machen müssen. Wir müssen uns überlegen, wie wir hier zu einem Optimum kommen.

Dieses Thema wird immer zusammen mit der Ansiedlung von Handelsgroßprojekten diskutiert, obwohl beides zunächst einmal nicht viel miteinander zu tun zu haben scheint. Der hoch umstrittene Bereich des Einzelhandels war Anlass für die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms. Jetzt entsteht ja eine komplette Neufassung. Natürlich muss man anlässlich der Neufassung wie bei anderen solchen Vorhaben die betroffenen Verbände anhören und die parlamentarische Beratung durchführen.

Deswegen verwundert es uns nachhaltig, wenn vom Kabinett unter dem Deckmantel der Sicherstellung der Nahversorgung bei einem der heikelsten Punkte des Einzelhandels Tatsachen an allen Gremien vorbei geschaffen werden. Die Erhöhung der Verkaufsfläche von 800 auf 1.200 m^2 ist nämlich mitnichten eine moderate Erhöhung. Es ist immerhin eine Erhöhung um 50 %. Wenn Sie das für moderat halten, bitte ich, den Bildungshaushalt ähnlich moderat zu erhöhen. Dann könnten wir viele weitere Lehrer einstellen, und die Eltern würden es uns danken.

(Beifall bei der SPD)

Sie schaffen mit der Verwaltungsanordnung Fakten, die angeblich jedem Dorf einen neuen Supermarkt bescheren. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Konzentrationsprozesse, die wir schon jetzt beobachten, werden zunehmen. Die Kommunen werden untereinander in eine immer größere Konkurrenz um die besten Standorte getrieben.

Wenn unser ländlicher Raum etwas braucht, dann ist es keine Darwinsche Auslese unter den Kommunen, sondern vielmehr eine interkommunale Zusammenarbeit. Deshalb fordern wir integrierte Einzelhandelsentwicklungskonzepte. Sie müssen verbindlich im LEP festgeschrieben werden, damit die interkommunale Zusammenarbeit stattfinden kann.

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der Freien Wähler spricht jetzt Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich des Verfahrens schließen wir uns den Bewertungen der Kollegen der SPD und der GRÜNEN an. Denn das, was wir da erlebt haben, ist empörend.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Es ist ein Saustall!)

Herr Dr. Runge hat gesagt, es sei ein Saustall. Diese Formulierung würde ich nicht wählen wollen. Aber die Sache ist empörend.

Lieber Kollege Stöttner, wir haben zu diesem Thema schon einmal im Rahmen unseres Antrages gesprochen, weil wir eine Teilfortschreibung zu diesem Thema für richtig halten und nicht warten wollen, bis eine Gesamtfortschreibung zu einer Auflösung dieser Problematik führt.

Kollege Stöttner ist auch schon von Herrn Dr. Runge zitiert worden. Ich will das kurz ergänzen. Sie haben damals im Plenum gesagt, die Staatsregierung gehe sehr verantwortungsvoll mit dem Thema Landesentwicklung um. Das Wirtschaftsministerium habe einen offenen Dialog mit den zuständigen kommunalen Spitzenverbänden, mit den regionalen Planungsverbänden, den Wirtschaftsverbänden, den Kammern und den Obersten Baubehörden geführt.

Der Ministerrat hat am 02.12.2009 den Zeitplan festgelegt und angekündigt, Ende 2010 einen LEP-Entwurf vorzulegen. Das haben Sie uns damals erzählt. Jetzt müssten Sie doch auch in den Chor derer einstimmen, die da sagen, so kann man nicht damit umgehen, nämlich zunächst in dem ohnehin vorgesehenen Verfahren nicht vorwärtszukommen und dann sozusagen aus dem Stand per Verwaltungsanweisung die Probleme bewältigen zu wollen. Das geht schon verfahrensmäßig in dieser Form nicht.

Im Übrigen, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, habe ich mich bei der Regierung von Niederbayern darum bemüht, das Schreiben aus dem Wirtschaftsministerium zu dieser Thematik zu bekommen; denn ich wollte als Abgeordneter wissen, wie die Exekutive mit diesem Verwaltungsverfahren umgeht. Da ist mir gesagt worden, das dürfe nicht herausgegeben werden.

Daraufhin habe ich mich an das Ministerium gewandt und mich auch dort um dieses Schreiben bemüht. Auch dort ist mir gesagt worden, dass das nicht zur Verfügung gestellt werden könne. Wo sind wir denn da? Was für ein Staatsverständnis ist das denn?

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Was für ein Staatsverständnis ist das, wenn die Exekutive der Legislative nicht sagen will, was im Vollzug der Vorschriften geschieht, die mit Zustimmung des Landtages zustande gekommen sind?

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist grausam!)

Ich bitte, hier dringend einen ordnungsgemäßen Weg auch unter Würdigung dessen, was wir erwarten dürfen, einzuschlagen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Auch der Huber nickt an dieser Stelle. Das freut mich.

(Zurufe von der CSU: Herr Huber!)

Wichtig wäre, lieber Herr Kollege, lieber Herr Huber, eine Teilfortschreibung an dieser Stelle durchzuführen. Die Überarbeitung ist überfällig; wir müssen zu Lösungen kommen.

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich glaube nicht, dass wir auf die Gesamtfortschreibung warten können, wie es in Ihrem Antrag signalisiert wird. Jedenfalls wäre

eine Fortschreibung besser, als nur dubios mit der Begründung herumzuwurschteln. Zur Zielsetzung im Antrag der SPD darf ich bemerken: Liebe Kollegen der SPD, ihr wollt wie immer das Paradies.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Ja, natürlich! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist nie verkehrt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Schon hier!

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Die GRÜNEN dagegen meinen: Wir brauchen nicht das Paradies zu wollen, sondern wir haben es schon. Sie wollen an dieser Stelle nichts ändern. Aber, lieber Kollege Runge, im zweiten Absatz Ihres Antrages heißt es doch: "Selbst dann, wenn die Standortgemeinden künftiger Großmärkte im ländlichen Raum verantwortungsvoll mit den ihnen neu eingeräumten Möglichkeiten umgehen sollten …" Dieser Zungenschlag geht nach unserer Überzeugung gar nicht. Die Kommunen wollen und müssen mehr Kompetenzen bekommen. Das ist unsere feste Überzeugung, und in diese Richtung wollen wir auch arbeiten. Sie werden mit dieser zusätzlichen Kompetenz und mit diesen zusätzlichen Entscheidungsmöglichkeiten auch verantwortungsvoll umgehen. Das ist unsere feste Überzeugung. Es ist unser politisches Ziel, das nicht landesweit sozusagen von München aus für alle zu entscheiden, sondern wir wollen, dass es durchaus in die Hände der Kommunen gelegt und ihnen damit die Möglichkeit gegeben wird, etwaige Versorgungslücken zu bewältigen.

Da geht es nicht allein um die Interessen der Kommunen oder die Interessen der Verbraucher oder derer, die einkaufen wollen, sondern man muss an dieser Stelle natürlich auch verantwortungsvoll mit den Interessen der Nachbargemeinden und auch mit den Interessen des vorhandenen Einzelhandels umgehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Um das in eine vernünftige Form zu bringen, möchten wir gerne einen Aspekt mit unterbringen, nämlich, dass nicht nur im Landesentwicklungsprogramm, sondern auch in der Kompetenz der regionalen Planungsverbände Konzepte für die Regionen entwickelt werden können, um diese verschiedenen Aspekte zum Ausgleich zu bringen.

Herr Dr. Runge, unsere Stoßrichtung ist in der Tat anders als Ihre, nämlich, in ländlichen Räumen, in denen die Versorgungslage schlecht ist, auch größere als die bisher vorgesehenen Zentren zuzulassen. Deshalb sind bei der Betrachtung der inhaltlichen Konzeption unsere Vorstellungen durchaus ein Stück unterschiedlich, und deshalb können wir an dieser Stelle Ihrem Antrag nicht zustimmen. Ich bitte dafür um Verständnis.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Herr Kollege Huber macht sich bereit.

(Zuruf von der CSU: Ja, Herr!)

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder von uns weiß, dass die Methodik der Zuspitzung und Dämonisierung in Debatten gern eingesetzt wird. Das aber, was Kollege Runge gemacht hat, heißt nicht nur aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, sondern eine ganze Elefantenherde, die er mehrmals quer durch ganz Bayern treibt und die alles niederwalzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das hat mit der Realität nicht das Geringste zu tun. Jeder weiß, dass wir im Bereich der Landesplanung, was Einzelhandel, Supermärkte und dergleichen angeht, in einem sehr sensiblen Bereich sind, der durchaus in den Wettbewerb eingreift. So gesehen sind die Stellungnahmen der Verbände natürlich immer auch interessengeleitet.

Wir müssen uns überlegen, wie wir sowohl von der Versorgung der ländlichen Räume her als auch unter dem Blickwinkel von einer gewissen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung verbrauchernahe Versorgung und auch Wettbewerbsneutralität sinnvoll gestalten.

Die jetzige Regelung ist ein Nachteil für die ländlichen Räume und bevorzugt die zentralen Orte.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen wir mehr Freiheit für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum. Das ist das Ziel. Die jetzige Regelung sieht ja vor, dass bis 800 m² Verkaufsfläche in jeder Gemeinde gebaut werden dürfen. Wenn es über 800 m² hinausgeht, entscheidet nicht mehr die Gemeinde, sondern die höhere Landesplanungsbehörde bei der Regierung.

Jetzt frage ich Sie aber: Sind denn die Beamten bei der Regierung klüger als die gewählten Kommunalpolitiker? Mit welchem Recht nehmen sie eigentlich in Anspruch, es besser zu wissen, ob die örtliche Entwicklung sinnvoll ist oder nicht? Im Zweifel glaube ich, dass die vor Ort gewählten Kommunalpolitiker das besser entscheiden können als die Beamten der jeweiligen Regierung.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer (FDP))

Da, Herr Muthmann, bitte ich jetzt die Kollegen der Freien Wähler um Verständnis. Wenn man auf eine Teilfortschreibung setzt, dauert das bis Ende 2012. Das wissen Sie genau. Das bringt keine Beschleunigung. Im Gegenteil, es zieht das Ganze um weitere zwei Jahre hinaus. Das hat keinen Sinn.

Im Rahmen der allgemeinen Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms wird selbstverständlich auch dieser Teilaspekt fortgeschrieben und dem Landtag vorgelegt werden. Dann wird insgesamt eine Neuregelung der Einzelhandelsgroßprojekte da sein.

Ich halte die Entscheidung der Regierung vom 21. Dezember bezüglich einer vorgezogenen Auslegung des geltenden Landesentwicklungsprogramms in der Tat für eine Chance, eine jetzt gegebene Benachteiligung des ländlichen Raumes nicht weitere zwei Jahre bestehen zu lassen, sondern Investitionen im ländlichen Raum verbrauchernah schon jetzt zuzulassen.

Was Sie da an Schreckensmeldungen bezüglich der Genehmigungsfreiheit verbreiten, ist Unsinn. Sie brauchen ein Baugenehmigungsverfahren, Sie brauchen ein Bauverfahren, Sie brauchen die Entscheidung der Gemeinde und des Landratsamtes.

Ihr Argument, es würde auf der grünen Wiese gebaut, ist auch Unfug. Es gilt nach wie vor das Anbindungsgebot.

(Zurufe von den Freien Wählern)

- Das gilt unverändert weiter. Die materielle Regelung des Anbindungsgebotes ist nicht geändert.

Sie tun so, als ob wir für Tausende solcher Märkte ein Ausbauprogramm starten würden. Tatsache ist, dass die jetzige Festlegung von 800 m² viele Investitionen nicht mehr erlaubt, weil dies keine betriebswirtschaftlich sinnvollen Größenordnungen sind. Diese 800 m² können jedoch in den Unterzentren, den Mittelzentren und den Oberzentren überschritten werden. In den tausend Gemeinden, die keine zentralen Orte sind, dürfen sie jedoch nicht überschritten werden.

Warum soll in einem Mittelzentrum mit 8.000 bis 10.000 Einwohnern der Bau eines Marktes mit 1.000, 2.000 oder 3.000 m² zugelassen werden, während in der daneben liegenden kleinen Gemeinde mit 1.500 bis 2.000 Einwohnern nichts passieren darf? Die Leute dieser Gemeinde müssen dann in einen zentralen Ort fahren. Ich bin dafür, dass die kleine Gemeinde neben einem Mittelzentrum auch die Möglichkeit haben soll, einen Verbrauchermarkt zu errichten. Das ist der Unterschied.

Wenn wir die Möglichkeit schaffen, dass solche Investitionen bis zu einer Fläche von 1.200 m² erfolgen können, muss diese Entscheidung genau abgewogen werden. Ich glaube, dass die Kommunalpolitik vor Ort dies im Zweifelsfalle besser kann. Dort muss nämlich, wie Herr Kollege Traublinger sagte, auf die Bäcker und die Metzger geachtet werden. Im Gemeinderat wird doch keiner seine Zustimmung zu einer Investition geben, die den Einzelhandel an seinem Ort oder in seiner Gemeinde platt macht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Huber, wo leben Sie denn?)

In vielen dieser Märkte, meinetwegen EDEKA, sind der örtliche Metzger oder der örtliche Bäcker tätig. Das bringt ihnen eine gewisse Verkaufsattraktivität. Damit ist für diese Gemeinden im ländlichen Raum überhaupt erst eine wohnortnahe Versorgung möglich. Wenn Sie diese Versorgung nur auf die zentralen Orte lenken wollen, geben Sie 1.000 Gemeinden im ländlichen Raum keine Entwicklungschance. Wenn wir den ländlichen Raum stärken wollen, müssen wir auch betriebswirtschaftlich sinnvolle Einheiten für die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Getränken sowie mit Arznei- und Drogeriemitteln zulassen.

Natürlich kann es Fehlentwicklungen geben. Das kann niemand ausschließen. Diese Fehlentwicklungen sind aber auch nicht auszuschließen, wenn die Regierung entscheidet. Ich appelliere an die Freien Wähler: Sie sagen immer, Sie seien die Kommunalpartei und wollten die kommunalen Mandatsträger stärken. Haben Sie doch den Mut und stärken Sie die Kommunalpolitiker, indem Sie die Genehmigung von Märkten bis zu 1.200 m² ermöglichen. Diese Einrichtungen wären ein Beitrag zur wohnortnahen Versorgung. Damit würden Sie die Kommunalpolitik stärken.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Damit würden Sie erreichen, dass die Bürger nicht weit fahren müssen, um die Güter des täglichen Bedarfs zu kaufen. Deshalb stimmen wir der Entscheidung des Kabinetts vom 21. Dezember zu. Ich bitte Sie, die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und

der SPD abzulehnen. Der Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler bringt uns nichts. Er sollte auch abgelehnt werden. Alle drei liegen falsch. Wir liegen richtig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst wird Herr Kollege Dr. Runge, dann Herr Kollege Muthmann sprechen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Einige kurze Anmerkungen:

Erstens. Herr Kollege Huber, was betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, muss noch lange nicht gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich sinnvoll sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Ich glaube, dass Sie meiner Rede folgen konnten. Ich habe nicht "ohne Genehmigung" gesagt, sondern "ohne Zielabweichungsverfahren". Selbstverständlich ist uns bewusst, dass Baugenehmigungsverfahren und andere Verfahren zu durchlaufen sind.

Drittens. Mit dieser Regelung nötigen Sie die Gemeinden geradezu zu einem kannibalisierenden Wettlauf. Sie haben gerade das Beispiel des Bäckers gebracht. Das zeigt höchstens, dass das vielleicht bei Ihnen in Niederbayern in dem einen oder anderen Ort so ist. Von der Realität im Lande haben Sie jedoch keine Ahnung. Die größte Bäckerei Deutschlands ist die Glocken Bäckerei. Sie gehört dem REWE-Konzern. Glauben Sie, dass der REWE-Konzern den örtlichen kleinen Bäcker in seinem Markt aufnimmt? Nein. Dieser Konzern wird die Glocken Bäckerei beschäftigen.

Viertens. Sie sagen, der ländliche Raum würde benachteiligt, die zentralen Orte würden bevorzugt. Selbstverständlich gibt es auch im ländlichen Raum eine Zentralörtlichkeit. Herr Kollege Huber, die letzte reguläre Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms ist im Jahre 2006 erfolgt. Zwei Punkte waren bei Ihnen strittig und letztlich

offen, nämlich die Zentralörtlichkeit und die Großmärkte. Hierzu haben Sie eine Resolution im Rahmen eines Antrags verabschiedet. Dort stand, dass diese Frage spätestens im Jahr 2007 geklärt würde. Wo sind wir denn heute angelangt? Das haben Sie verbockt.

Fünftens. Zur Elefantenherde. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Elefantenherde, die nach Ihrer Meinung gerade durchs ganze Land zieht und das eine oder andere niederwalzt, zum großen Teil von CSU-Politikern und von CSU-Funktionären angetrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, bitte.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Dr. Runge, ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, dass die betriebswirtschaftliche Größe nicht der alleinige Maßstab ist. Deshalb wird bei den Baugenehmigungsverfahren, im Bebauungsplan und natürlich im Bauordnungsrecht eine Abwägung vorgenommen. Niemand kann genehmigungsfrei auf eine grüne Wiese bauen. Das setzt voraus, dass die Gemeinde einen Bebauungsplan hat und eine entsprechende Vorkehrung vorhanden ist. Selbstverständlich müssen auch Fragen des Naturschutzes, der Verkehrserschließung und des Lärmschutzes in diesem Verfahren geprüft werden.

Wenn wir jedoch Läden mit über 800 m² nur an zentralen Orten, aber nicht im ländlichen Raum zulassen, ist das eine Benachteiligung des ländlichen Raums, zumal wir wissen, dass solche Einheiten mit weniger als 1.200 m² heute nicht mehr gebaut werden. Wir müssen hier die Realität beachten. Entweder wir sind bei der Auslegung des geltenden LEP bereit, bis zu 1.200 m² zu gehen, oder viele Gemeinden werden keine Chancen haben, einen wohnortnahen Verbrauchermarkt zu erhalten.

Wir kennen die Probleme. Aber warum glauben Sie, dass die Beamten der Regierungen diese Frage besser beurteilen und abwägen können als die Kommunalpolitiker?

Im Zweifel haben wir Vertrauen zu den Bürgermeistern und zu den Kommunalpolitikern. Damit ist eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung verbunden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Zwischenbemerkung: Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Huber, zur materiellen Bewertung dieser Entscheidung hatte ich zum Ausdruck gebracht, dass wir es für richtig halten, dass die Gemeinden vor Ort mehr Mitspracherecht und Entscheidungskompetenz bekommen. Auch wir sind der Überzeugung, dass diese Fragen vor Ort sehr viel sachkundiger und sachnäher bewertet und entschieden werden können, als das an anderer Stelle der Fall wäre.

Ich habe noch einmal eine Frage zum Verfahren: Sie hatten Verständnis für meinen Unwillen signalisiert, dass diese Entscheidung am Parlament vorbei durch eine Verwaltungsanweisung herbeigeführt wurde. Ich habe darauf hingewiesen, dass für uns die Teilfortschreibung zum Flughafen Oberpfaffenhofen, die ruckzuck und ratzfatz gegangen ist, unter Beweis gestellt hat, dass es auch in einem ordnungsgemäßen Verfahren möglich gewesen wäre, das gewünschte Ergebnis zügig zu erreichen. Warum begrüßen Sie es jetzt, dass diese Entscheidung ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen worden ist, obwohl das Parlament an der Fortschreibung mitgewirkt hatte? Das verstehe ich nicht. Ich halte das auch für falsch.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, Sie haben zwei Minuten.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege, hätte ich Chuzpe, würde ich sagen, dass die Beteiligung des Parlaments heute durch die Abstimmungen stattfinden wird. So billig mache ich es mir aber nicht. Ich möchte drei Punkte nennen:

Erstens, zur Beteiligung der Verbände: Die entsprechenden Verbände sind die IHK, die Handwerkskammern, der Gemeindetag, der Gewerbeverband und dergleichen

mehr. Diese Verbände stehen seit drei Jahren in einem ständigen Diskussionsprozess mit dem Wirtschaftsministerium. Die Positionen sind festgezurrt. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Die Behauptung, dass diese Frage den Verbänden völlig neu wäre, trifft nicht zu. Bei den unterschiedlichen Interessenlagen ist nicht zu erwarten, dass ein Konsens herbeigeführt wird.

Zweitens. Frau Staatssekretärin, die Auslegung des LEP, die den Regierungen mitgeteilt wurde, ist kein Staatsgeheimnis und sollte auch den Kommunalpolitikern und dem Parlament mitgeteilt werden. Dieser Meinung schließe ich mich an.Da ist jede Geheimniskrämerei fehl am Platz. Sie ist auch nicht notwendig; da stimme ich Ihnen völlig zu.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber noch nicht aller Tage Abend; vielleicht bekommen wir jetzt dann eine neue Nachricht.

Drittens. Am Parlament vorbei könnte das LEP in der Tat nicht geändert werden. Darin stimmen wir völlig überein. Was die Staatsregierung gemacht hat, war nicht ohne Kunstgriff.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Das war aber ein erlaubter. Wenn denen einmal etwas einfällt, muss man das doch wirklich loben.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, kommen Sie bitte zum Schluss.

Erwin Huber (CSU): Die Formulierung, eine ausreichende Versorgung muss gegeben sein, ist eine sehr pfiffige, juristisch einwandfreie Auslegung des LEP und damit keine Umgehung des Bayerischen Landtags. Frau Staatssekretärin, ich plädiere auch dafür: Geben Sie diese Dinge heraus; wir haben nichts zu verbergen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Huber. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Dr. Kirschner für die FDP, bitte schön.

(Tobias Thalhammer (FDP): Du hast noch 17 Minuten und 32 Sekunden! - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Dr. Kirschner, gib mir was ab! - Allgemeine Heiterkeit - Unruhe)

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht gehört, was Kollege Runge von sich gab.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn ich bösartig wäre, würde ich sagen, Herr Dr. Runge ist zum Lobbyisten für Handwerker mutiert. - Das behaupte ich natürlich nicht, weil die Sache viel zu ernst ist, als dass wir das Thema auf die leichte Schulter nehmen könnten.

Ich komme selbst aus dem ländlichen Raum, aus einem Dorf mit 500 Einwohnern. Ich komme aus einer Gastwirtschaft und Metzgerei, die meine 84-jährige Mutter heute noch betreibt. Mein Bruder wird wahrscheinlich damit aufhören, weil sich das Ganze nicht mehr rechnet. In Zukunft müssen die Menschen in diesem kleinen Ort 15 km nach Pfarrkirchen fahren. Diejenigen, die kein Auto haben, werden dann mit dem Taxi hingefahren. - So viel zu diesem Thema.

Wie ist die Situation jetzt? - Es gibt vier Teilnehmer an dem Ganzen: zunächst die Verbraucher, die aus meiner Sicht an erster Stelle stehen. Es gibt die Investoren, die für mich an vierter Stelle stehen; denn ich entscheide mich immer dazu, dorthin zu gehen, wo es am attraktivsten ist. Dann gibt es die Kommunalvertreter, denen ich mehr zutraue als Sie, Herr Dr. Runge, weil das gewählte Volksvertreter sind, welche die Situation vor Ort wesentlich besser kennen als wir hier im Landtag oder die Leute in irgendwelchen Ministerien. Das wiederhole ich auch gerne.

(Beifall bei der FDP)

In den Gemeinden gibt es nachweislich einen totalen Kaufkraftabfluss, weil das Angebot praktisch täglich wächst, weil es täglich neue Produkte gibt, auch viel Unsinn in diesen Geschäften, wo die Leute viel Geld für irgendwelches Plastikzeug ausgeben und nicht für gutes Essen. Wir müssen dafür sorgen, dass die kleinen Zentren am Leben erhalten werden, damit die Leute nicht wegziehen. Im Bayerischen Wald gibt es Häuser, die nur noch 40.000 Euro wert sind, weil es im ganzen Ort keine Einkaufsmöglichkeit mehr gibt.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Dann gibt es noch die Wünsche der Verbraucher. Die Oppositionsparteien haben Kritik angebracht, vom Ausbluten von Ortszentren, Flächenfraß und Zunahme der Mobilität durch Auto gesprochen. Die Liberalisierung gibt auch kleinen Gemeinden eine Chance, zukünftig zu überleben und gegen riesige Supermärkte bestehen zu können. Die Versorgung vor Ort wird garantiert und damit auch das Leben in kleinen Ortschaften. Im Gegensatz zu dem, was Sie in Ihrem Antrag haben, verhindern wir den sogenannten Einkaufsverkehr aus den kleinen Zentren hin zu den Großzentren.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die fahren wohl mit dem Auto zum Marktplatz?)

- Das sind aber nicht 15 oder 20 km, sondern vielleicht nur 500 m.

Vorwurf: Mit der Liberalisierung schwächt man Nachbargemeinden von Großprojekten. Wir wollen, dass die Leute nicht mehr zu den Großprojekten fahren, sondern dort einkaufen, wo sie zu Hause sind. Es gibt ein Bäcker- und Metzgersterben, weil es in diesem sensiblen Bereich keine Unternehmensnachfolger mehr gibt. Täglich werden in diesem Hause Entscheidungen getroffen, mit denen man dem Handwerker und dem kleinen Mittelstand das Leben erschwert. Ständig gibt es irgendwelche Vorschriften, bis hin zur Veterinärmedizin. Die Leute haben das satt, wollen nicht mehr und finden auch keine Nachfolger mehr.

Sie haben von einer Ungleichbehandlung des ländlichen und des Verdichtungsraums gesprochen. Wir sind der Auffassung, dass mit diesem Vorschlag eine verbraucheroptimierte Versorgung im ländlichen Raum zu erreichen ist. Für uns ist es eine Herausforderung, dieses Ziel zu verfolgen.

Zum Thema "inakzeptabler Stil" und "am Landtag vorbei": Ich habe mir auch überlegt, ob das ein fairer Umgang mit dem Parlament ist. Wir haben aber keine Zeit mehr, um länger zu warten, weil die Probleme existenziell sind. Ich wiederhole das eingangs Gesagte: Ich erwarte schon etwas mehr Vertrauen in die Bürgermeister und Gemeinderäte vor Ort.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dr. Runge hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Kirschner, das Argument, es wäre keine Zeit mehr, ist einfach grotesk. 2006 wurde beschlossen, dass das spätestens 2007 geregelt wird. Dann gab es immer wieder Anträge, zuletzt von den Freien Wählern. Die Begründung Ihres Koalitionspartners lautete: In der Ruhe liegt die Kraft. Jetzt auf einmal sagen Sie, dass keine Zeit mehr wäre. Keine der Fraktionen, die dieses Vorgehen jetzt abgelehnt haben, hat gesagt, es müsse nichts getan werden. Man darf aber nicht so vorgehen.

Es geht auch primär nicht um den schlechten Stil gegenüber dem Landtag, sondern um den schlechten Stil gegenüber den beteiligten Verbänden. Da ist sehr, sehr viel Schaden angerichtet worden.

Da Sie immer so tun, als würden wir im ländlichen Raum gar nichts zulassen, zitiere ich die Ausnahmeregelung in der Zielformulierung in 1.2.1.2:

> Soweit Einzelhandelsgroßprojekte ganz überwiegend dem Verkauf von Waren des kurzfristigen, täglichen Bedarfs dienen, kommen auch Kleinzentren und nicht-

zentrale Orte in Betracht, wenn diese über keine Versorgung mit diesen Waren verfügen und sie dem ländlichen Raum angehören.

Das heißt, wenn nichts da ist, kann man ohne Zielabweichungsverfahren sogar sofort einen Einzelhandelsgroßbetrieb errichten. Wenn schon Geschäfte da sind, kann man ins Zielabweichungsverfahren gehen. Diese Wege waren bisher durchaus möglich und wurden auch häufig beschritten.

Herr Kollege Muthmann, wir haben selbstverständlich die Verwaltungsanweisung; Sie können sie gerne von uns haben. Wir haben zwar auch ein paar Tage gebraucht, aber dann kam sie immerhin. Es wäre schön, wenn wir als Abgeordnete in Zukunft so etwas gleich nach dem ersten Anruf bekommen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Kirschner, wollen Sie etwas dazu sagen?

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ich habe meine Argumente vorgebracht, und Sie haben Ihre vorgebracht. Sie überzeugen mich nicht.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich versuche es weiterhin!)

Ich bleibe dabei: Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen.

(Beifall bei der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Dr. Kirschner. Für die Staatsregierung äußert sich jetzt Frau Staatssekretärin Hessel, bitte schön.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben beim Tagesordnungspunkt vorher über die ländlichen Räume diskutiert. Wir sind uns gewiss fraktionsübergreifend darin einig, dass eine ordnungsgemäße Nahversorgung für die Entwicklung der ländlichen Räume notwendig

ist. Über die Ausgestaltung der Nahversorgung haben die Redner vor mir schon lange diskutiert.

Ich gehe jetzt auf den "unsäglichen" oder den "tricky" - ich finde, das ist ein sehr schönes Wort - Ministerratsbeschluss vom 21.12. letzten Jahres ein.

In der letzten Zwischenintervention wurde gesagt, dass Supermärkte bis 1.200 m² bis jetzt auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich waren, wenn es gar keine Nahversorgung gab. Die "tricky" Auslegung war: Wir haben "keine Versorgung" mit einer "ausreichenden" gleichgesetzt. Ich denke, dass wir damit nicht den Landtag übergangen haben,

(Unruhe)

den das jetzt auch gar nicht mehr so richtig interessiert, wie ich feststelle, wenn ich mich so umschaue.

(Harald Güller (SPD): Doch, doch, die SPD hört Ihnen zu! - Thomas Hacker (FDP): Bis auf Frau Karl und Herrn Rinderspacher!)

Wir haben die Arbeitsgruppe "Einzelhandelsziel", für die Herr Dr. Runge heute so gekämpft hat, eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe gibt es weiterhin, und sie wird auch weiterhin tagen. Wir haben mit dieser Auslegung auch keine Vorentscheidungen getroffen, wie ein neues Einzelhandelsziel aussehen soll. Eine Teilfortschreibung - das sage ich zu den Freien Wählern - bringt uns keinen Zeitgewinn. Für das Einzelhandelsziel sind die gleichen Verfahrensschritte notwendig wie für die Gesamtfortschreibung. Wenn wir das Einzelhandelsziel herauslösen, sehe ich keinen Zeitgewinn.

Die Arbeitsgruppe wird wieder tagen, wenn ein Entwurf vorgelegt wird. Dabei soll der größtmögliche Konsens erreicht werden. Der von Ihnen oft zitierte "Bund der Selbständigen" ist wieder befriedet. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle sagen. Herr Dr. Runge, vielen herzlichen Dank, dass Sie sich so für die Atmosphäre unserer Einzelhandelsgruppe einsetzen.

Herr Muthmann, zwischenzeitlich haben Sie das Schreiben bekommen. Ich sage Ihnen auch, warum Sie es nicht direkt am Anfang erhalten haben. Das zeigt ein Stück weit die Diskussion. Es war kein böser Wille von uns, der Regierung. Das zeigt, dass die Auslegung des LEP etwas schwierig war. Es war eine reine Verwaltungsanweisung, die vielleicht sehr viel Sachkenntnis im LEP vorausgesetzt hat. Wir wollten Ihnen nicht unterstellen, dass Sie diese nicht hätten. Wir wollten es Ihnen einfacher machen und haben ein Informationsschreiben verfasst. Dieses Informationsschreiben können alle Abgeordneten haben. Unser Haus - das kann ich Ihnen sagen - wird dies zukünftig so nicht mehr tun.

Wir werden uns spätestens im Verlauf dieses oder des nächsten Jahres noch ordentlich in diesem Gremium mit dem Einzelhandelsziel und der Weiterentwicklung beschäftigen. Ich möchte noch einmal sagen: Es war keine Missachtung des Parlaments. Es war eine "tricky" Auslegung - ich finde das Wort einfach schön - der Verwaltungsanweisung, die wir haben. Dementsprechend sind aus unserer Sicht die Dringlichkeitsanträge der Opposition abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatssekretärin, sind Sie fertig mit Ihrem Redebeitrag?

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Ja, ich warte schon mit Begeisterung auf Herrn Kollegen Muthmann.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich kann ihm das Wort jedoch erst erteilen, wenn ich weiß, dass Sie Ihren Redebeitrag beendet haben. Jetzt kommen wir zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Muthmann.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Alexander Muthmann (FW): Habe ich Ihre Begründung richtig verstanden? Sie haben uns das Schreiben deswegen vorenthalten, weil Sie der Meinung waren, wir würden das Schreiben, das aus dem Wirtschaftsministerium kommt, nicht verstehen?

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Nein, dann haben Sie mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, dass dieses Schreiben eine interne Verwaltungsanweisung war und wir uns deswegen überlegt haben, wie wir diese Information schöner nach außen bringen können.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Dringlichkeitsanträge wieder getrennt. Bevor wir über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der GRÜNEN namentlich abstimmen, ziehen wir die beiden anderen Dringlichkeitsanträge vor.

Zunächst kommen wir zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/7113. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD und die Fraktion der GRÜNEN. -Gegenstimmen? Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der Freien Wähler. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drucksache 16/7131 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und der GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7108. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden?

(Unruhe)

- Nein? - Also fünf Minuten.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

- Dann doch drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.24 bis 20.27 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir uns mit dem letzten Dringlichkeitsantrag auf die Zielgerade begeben können.

(Georg Schmid (CSU): Auf geht's!)

Meine Damen und Herren, wir fahren mit der Tagesordnung fort.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Keine Aufweichung der Vorgaben für die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten im Schnellschuss - Rücknahme des Kabinettsbeschlusses vom 21. Dezember 2010 (Drucksache 16/7108)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			X
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. **Bulfon** Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine			
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hessel Katja		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine			
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. **Kirschner** Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. **Männle** Ursula			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa			X
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			X
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			X
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	44	96	4